

Besserung der Verbrecher ist nicht Sache des Strafrechts, sondern der Sozialpolitik. Doch gibt Verf. zu, daß bei Gelegenheit längerer Freiheitsstrafen Besserungsversuche am Platze sind. Keine Antwort gibt er uns auf die Frage, was geschehen soll, wenn die Besserungsversuche vergeblich waren, wenn der Verurteilte nach Ablauf der Strafzeit derselbe gemeingefährliche Mensch ist wie vorher. Er kennt eben keinen „geborenen Verbrecher“. Seiner Kritik der LOMBRÖSO-Schule wird man im allgemeinen zustimmen können. Aber er geht zu weit. Es gibt doch ohne Zweifel unverbesserliche Verbrechernaturen, welche, solange sie in Freiheit sind, eine beständige Gefahr für die Gesellschaft bilden. Hauptsächlich diese sind es, bei denen die bisherige Strafrechtspflege völlig versagt. Wer das Strafrecht reformieren und auf rationelle Grundlage stellen will, muß durchaus auch auf diese brennende Frage Antwort geben. Verf. spricht gar nicht davon.

Geisteskrankheit ist dem Verf. „ein kriminalistisch unbrauchbarer Begriff“. Das maßgebende findet er in der „Gleichartigkeit der Strafrechtssubjekte“. An Stelle der freien Willensbestimmung des § 51 StGB. will er die *libertas judicii*, „die reale Tatsache des vorhandenen Urteilsvermögens der Einsicht in die Strafbarkeit der Tat“ setzen. Zur Kennzeichnung seiner Auffassung sei nur mitgeteilt, daß er einen Melancholiker, der seine Kinder ermordet, bestraft wissen will, denn die Melancholie ist ihm „eine leicht erkennbare nervöse Erkrankung“, in welcher der Mord „mit vollem Bewußtsein der Strafbarkeit der Handlung“ verübt wird. Kennte der Verf. den ungeheuer peinvollen Zustand des melancholischen Angstaktes, in welchem das Bewußtsein nur auf den einen Punkt eingeeengt ist und die übermäßige Spannung unwiderstehlich auf Entladung drängt, dann könnte er unmöglich behaupten, daß hier ein „Bewußtsein der Strafbarkeit“ vorhanden wäre.

Das sind Ausstellungen in Einzelheiten, in denen dem Verf. eben augenscheinlich die spezielle Sachkenntnis fehlt. Im ganzen stellt das Buch doch wohl einen recht beachtenswerten Versuch dar, das Strafrecht auf rationelle Grundlage zu stellen. Der Gedankengang ist logisch und konsequent durchgeführt und läßt es uns durchaus glaublich erscheinen, daß die Zukunft eine solche Entwicklung bringen könnte.

DEITERS (Bonn).

**E. BLEULER. Die psychologischen Kriterien der Zurechnungsunfähigkeit. Monatschrift f. Kriminalpsychologie u. Strafrechtsreform. I. S. 621. 1905.**

Die Zurechnungsunfähigkeit läßt sich nicht durch psychologische Kriterien umgrenzen. Definitionen von solchen Handlungen, die der Gesetzgeber als Taten eines Zurechnungsunfähigen und damit als straffreie Handlungen absondern will, lassen sich nicht in der Weise geben, daß man sagt: die Handlung müsse den Stempel des „Unsinnigen“ an sich tragen oder der Täter müsse „außer stande sein, vernunftgemäß zu handeln“. (Schweizerisches Strafrecht.) Ob vernunftgemäß oder nicht, die Handlung eines Menschen ist die notwendige Frucht seines Ichs; man kann nicht sagen, ob er nicht hätte anders handeln können. Der Determinist muß sich logischerweise damit bescheiden, daß „der gegebene Mensch unter

gegebenen Umständen nur in einer Richtung handeln kann, wie der geworfene Stein unter gegebenen Umständen keines Gedankens Breite von der Bahn abweichen kann“. Das gilt für den Zurechnungsfähigen, wie für den Zurechnungsunfähigen. Als ganzen Menschen muß der Psychiater den Täter kennen lernen und beurteilen, wenn er aussagen soll über dessen Zurechnungsfähigkeit. Er soll nicht eingeschränkt sein durch unzulängliche psychologische Kriterien; maßgebend ist allein für die Umgrenzung der Begriff der Geisteskrankheit. „Unklare Grenzen bleiben nur auf dem Gebiete der Übergangsfälle. Diese lassen sich indes in der Natur nicht dadurch ausmerzen, daß ein Gesetz künstliche Grenzen ziehen will; aber die Schwierigkeiten, die sie bieten, lassen sich leicht beseitigen, wenn das Gesetz die Grenzfälle kennt und berücksichtigt.“

SPIELMEYER (Freiburg i. B.).

**KURELLA. Die Grenzen der Zurechnungsfähigkeit und die Kriminalanthropologie.** Halle, Gebauer-Schwetschke, 1903. 123 S. Mk. 3,00.

Die in der Einleitung gegebenen kurzen theoretischen Erörterungen über Zurechnungsfähigkeit sind im einzelnen anfechtbar und gehen der Sache nicht auf den Grund.

Nach interessanten Bemerkungen über die kriminelle Bedeutung der Anomalien des Geschlechtsgefühls und der verschiedenen Arten impulsiven und unbewussten Handelns folgt der Hauptteil der Schrift, eine gemeinverständliche Darstellung und Verteidigung der LOMBROSOSCHEN Lehre. Der scharf polemische Ton, der ja leider fast allen für und gegen LOMBROSO auftretenden Kämpfen eigen ist, macht die Lektüre solcher Darstellungen wenig erfreulich.

Die Schlusskapitel beschäftigen sich mit den praktischen Konsequenzen der kriminalanthropologischen Ergebnisse und mit einigen neueren Arbeiten.

DEITERS (Bonn).

**F. RAUH. Science et conscience. Revue philos. 57 (4), 359—367. 1904.**

Verf. beabsichtigt eine Fixierung seines Standpunktes gegenüber einem Buche von LÉVY-BRÜHL, betitelt: *Morale et la science des mœurs*. Heutzutage handelt es sich nicht um Metamoral und soziale Moral, wie L.-Br. annimmt, sondern um Wirklichkeit und soziale Idee, oder mit anderen Worten, um soziale Wirklichkeit und Bewußtsein.

Ein moralisches Urteil ist kein Konstatieren, sondern eine Zustimmung, die Zustimmung eines individuellen Bewußtseins. Findet die Zustimmung universellen Anklang, so erscheint sie gar nicht. Das individuelle Bewußtsein verliert sich alsdann in dem kollektiven. Tritt aber eine neue Idee auf, so erfolgt eine Spaltung zwischen beiden. Solche neuen sozialen Ideen muß man in voller Wirksamkeit sehen. Verf. will daher eine Methodologie der Handlung schreiben. Hierzu ist es aber nötig, daß man zunächst ein von allem Theologischen und Metaphysischen befreites Bewußtsein unterscheiden kann. L.-Br. hat das Studium der sozialen Ideen in ihren Beziehungen zur sozialen Wirklichkeit vernachlässigt. Die moralistischen Soziologen gehen von dem Gedanken aus, daß die sozialen Einrichtungen